



## Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

### **Einführung eines freiwilligen Ferieneinsatzes für Jugendliche zur Stärkung der Ferienbetreuung in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein landesweites Programm „Ferieneinsatz für Jugendliche“ einzuführen, das Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren ermöglicht, sich während der Sommerferien freiwillig und strukturiert in der Ferienbetreuung von Kindern sowie in weiteren gemeinwohlorientierten Bereichen zu engagieren. Ziel des Programms ist es, die Ferienbetreuungsangebote in Kommunen personell zu unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung verlässlicher Betreuungsangebote in den Ferienzeiten zu leisten.

#### **Begründung:**

Mit dem schrittweisen Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder steigt der Bedarf an verlässlichen und qualitativ tragfähigen Ferienbetreuungsangeboten erheblich. Bereits heute stehen viele Kommunen, Schulaufwandsträger und freie Träger vor großen Herausforderungen, in den Ferienzeiten ausreichend Personal für die Betreuung von Kindern zu gewinnen. Gerade die Sommerferien als längste zusammenhängende Ferienzeit stellen die Ferienbetreuung vor besondere organisatorische und personelle Belastungen.

Ein bewährtes Vorbild bietet das Land Südtirol, das aufgrund seiner langen Sommerferien (Juni bis September) über langjährige Erfahrung in der Organisation und Sicherstellung von Ferienbetreuungsangeboten verfügt. Dort hat sich der freiwillige Ferieneinsatz für Jugendliche als wirkungsvolles Instrument etabliert, um Ferienangebote personell zu unterstützen und gleichzeitig Jugendlichen sinnvolle Einblicke in soziale, pädagogische und gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zu ermöglichen. Dieses Modell zeigt, dass Jugendliche einen wertvollen Beitrag leisten können, wenn ihr Einsatz klar strukturiert, begleitet und rechtlich abgesichert ist.

Ein vergleichbares Programm in Bayern kann dazu beitragen, bestehende Personalengpässe in der Ferienbetreuung abzufedern und die Planungssicherheit für Kommunen und Träger zu erhöhen. Zugleich eröffnet es Jugendlichen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, praktische Erfahrungen zu sammeln und frühzeitig Interesse an sozialen und pädagogischen Berufsfeldern zu entwickeln. Damit leistet das Programm nicht nur einen Beitrag zur Sicherstellung der Ferienbetreuung, sondern auch zur Nachwuchsgewinnung in Bereichen, die bereits heute unter Fachkräftemangel leiden.

Der Ferieneinsatz soll Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren offenstehen und freiwillig während der Sommerferien geleistet werden können. Die Einsatzdauer soll flexibel für zwei, vier oder sechs Wochen möglich sein, mit einem wöchentlichen Umfang

von bis zu 30 Stunden. Der Einsatz soll vorrangig in der Ferienbetreuung von Grundschulkindern erfolgen, ergänzt durch weitere gemeinwohlorientierte Einsatzfelder, sofern dies sinnvoll ist.

Die Ferienbetreuung könnte auf Grundlage einer geregelten Einsatzvereinbarung zwischen Jugendlichen, Kommune oder Träger erfolgen. Dabei ist sicherzustellen, dass Jugendliche unterstützende Tätigkeiten übernehmen und nicht Aufgaben, die eine fachlich vollqualifizierte Betreuung erfordern. Eine pädagogische Anleitung und feste Ansprechpersonen vor Ort sind ebenso vorzusehen wie ein klar geregelter Versicherungsschutz und transparente Haftungsregelungen. Zur Anerkennung des Engagements soll eine angemessene Aufwandsentschädigung oder ein Taschengeld vorgesehen werden. Zudem sollen die Jugendlichen eine aussagekräftige Teilnahme- und Tätigkeitsbescheinigung erhalten, die sie für Bewerbungen oder schulische Zwecke verwenden können.

Zur Umsetzung des Programms wird die Einrichtung einer landesweiten Koordinationsstruktur angeregt, die Kommunen, Schulaufwandsträger, Schulen und freie Träger einbindet. Ein digitales Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren soll den Zugang für Jugendliche erleichtern und den Einsatzstellen eine verlässliche Planung ermöglichen. Das Programm sollte zunächst als Modellprojekt eingeführt und wissenschaftlich begleitet werden, um insbesondere die Wirkung auf die Sicherstellung der Ferienbetreuung systematisch zu evaluieren und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.